

Bundestagswahl 2025 – #FriseureWählenZukunft

Zentralverband tritt mit Forderungspapier für die Branche an Politik

WACHSTUM FÖRDERN – PERSPEKTIVEN SCHAFFEN: Unter diesem Titel fasst der Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks (ZV) seine politischen Forderungen anlässlich der Bundestagswahl 2025 zusammen. Der aus fünf Handlungsfeldern bestehende Forderungskatalog richtet sich an die künftige Regierungskoalition.

„Mit unserem Forderungspapier setzen wir ein klares Signal: Das Friseurhandwerk ist bereit, die Herausforderungen der Zukunft aktiv anzugehen. Wir brauchen jedoch die Unterstützung der Politik, um Wachstum zu fördern und Perspektiven zu schaffen“, erklärt ZV-Präsidentin Manuela Härtelt-Dören. „Es ist an der Zeit, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass unsere Betriebe wirtschaftlich erfolgreich und gleichzeitig attraktive Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber bleiben können.“

Das Forderungspapier gibt dem Friseurhandwerk eine Stimme und vertritt selbstbewusst die Interessen der Branche in der Politik. Zur Bundestagswahl im Februar 2025 macht der Zentralverband die Vertreter:innen der zukünftigen Regierung/Regierungskoalition auf die Missstände im Friseurhandwerk aufmerksam und fordert sie dazu auf, sich für die Branche nachhaltig einzusetzen.

Die fünf Kernpunkte des Forderungspapiers greifen die Themen auf, die die Friseurbranche schon lange und intensiv umtreiben. So fordert das Friseurhandwerk faire Wettbewerbsbedingungen und eine vernünftige Steuerpolitik sowie eine spürbare Entlastung der Betriebe und den Abbau von Bürokratie. Darüber hinaus setzt es sich für eine Verbesserung des Arbeitsmarkts und der Situation in der Ausbildung ein und forciert eine stärkere Tarifbindung und faire Löhne für das Friseurhandwerk. Um die Friseurbranche zukunftsweisend aufzustellen, sind Investitionen in Nachhaltigkeit und Digitalisierung erforderlich.

Unter anderem fordert das Friseurhandwerk von der Politik die Reduzierung der Mehrwertsteuer auf 7% für Friseurdienstleistungen. Damit würde die finanzielle Belastung der einzelnen Betriebe verringert und das Angebot für Kundinnen und Kunden attraktiver gestaltet werden können. Die Aufnahme in das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz stellt

für das Friseurhandwerk einen Meilenstein in der Bekämpfung der Schwarzarbeit dar. Darüber hinaus positioniert sich das Friseurhandwerk mit dem Forderungskatalog klar gegen wachsende Bürokratie und steigende Betriebskosten und fordert eine Ausbildungsprämie für Ausbildungsbetriebe sowie eine Entlastung bei Sozialabgaben auch für Azubis, um die Zukunft der Branche sicher zu gestalten. Eine stärkere Tarifbindung durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen von Tarifverträgen soll erleichtert und der Mindestlohn je nach Branche differenziert werden. Durch Subventionen für energieeffiziente Geräte und Technik kann das Friseurhandwerk nachhaltig und digitalisiert agieren. Darum sind auch in diesem Bereich Förderungen dringend notwendig.

Der Zentralverband wird das Forderungspapier nun an die Politik übergeben und bittet dabei die gesamte Branche, die Forderungen des Friseurhandwerks zu unterstützen. Um die Politik direkt und persönlich zu erreichen, übergibt ZV-Präsidentin Manuela Härtelt-Dören auf dem Zukunftskongress von imSalon in Berlin das Papier an die dort erscheinenden Politiker:innen. Unter anderem an Hubertus Heil, Bundesminister für Arbeit und Soziales, der sich am 27. Januar 2025 öffentlich den Fragen des Zentralverbands stellen wird.

*Der **Zentralverband des Deutschen Friseurhandwerks** (ZV) vertritt als Bundesinnungsverband die Gesamtinteressen des deutschen Friseurhandwerks. In ihm sind 12 Landesinnungsverbände zusammengeschlossen, deren Mitgliederbasis rund 210 Friseur-Innungen bilden. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es über 80.000 Friseursalons mit 235.000 Beschäftigten und rund 13.500 Auszubildenden. Der Jahresumsatz liegt bei über 7 Milliarden Euro. Präsidentin des Zentralverbandes ist Manuela Härtelt-Dören, Hauptgeschäftsführer ist Holger Stein. Sitz der ZV-Geschäftsstelle ist Köln.*

(3.530 Zeichen | mit Leerstellen)

Köln, 14.01.2025
01/2025 bg/mk